

Tages-Anzeiger, 22.1.2008, S. 10

Populismus funktioniert in der Opposition noch besser

Oliver Geden

Mancherorts in Europa sind rechtspopulistische Parteien durch ihre Regierungsbeteiligung geschrumpft. Nicht so die SVP. In der Opposition wird sie den Wähleranteil mit den Mitteln der direkten Demokratie wohl noch steigern können.

Als Christoph Blochers Niederlage bei der Bundesratswahl endgültig feststand, machte sich bei seinen Gegnern vor allem Erleichterung breit. Politiker von SP, CVP und den Grünen konnten zunächst kaum fassen, dass es ihnen tatsächlich gelungen war, den wichtigsten Exponenten der SVP aus dem Amt zu entfernen. Die in den Folgetagen aufkommende Manöverkritik einzelner SVP-Parlamentarier liess zudem die Hoffnung aufkeimen, die Partei stehe kurz vor der Spaltung. Auf dem Höhepunkt der kollektiven Euphorie prophezeiten die Blocher-Gegner der SVP bereits das Ende ihrer langen Erfolgsserie. Der Populismus befinde sich schliesslich überall in Europa auf dem Rückzug. Die Erfolgsaussichten der von der SVP angekündigten Oppositionsstrategie seien minimal. Um ihre Interessen durchzusetzen, müsse die SVP früher oder später zu einer vernünftigen Sachpolitik zurückkehren.

Doch das komplette Gegenteil wird der Fall sein! Die SVP wird nach einer recht kurzen Phase der Konsolidierung nicht nur einen rabiaten Oppositionskurs verfolgen. Dieser wird aller Voraussicht nach auch sehr erfolgreich sein. Dafür spricht nicht nur das fast völlige Verstummen der parteiinternen «Dissidenten», die Dominanz der Zürcher Linie im neuen Parteipräsidium oder die hermetische Weltsicht der SVP-Sympathisanten. Auch die Entwicklungsverläufe rechtspopulistischer Parteien in anderen Ländern Westeuropas lassen dies erwarten.

«Wir» und die «Anderen»

Mit Parteien wie dem Vlaams Belang, der Freiheitlichen Partei Österreichs oder der Dänischen Volkspartei möchte die SVP zwar aus durchsichtigen Gründen nicht in einem Atemzug genannt werden. Gerechtfertigt ist es aber dennoch. Dies allerdings nicht in erster Linie deshalb, weil die SVP in ihren inhaltlichen Detailpositionen mit den genannten Parteien vollends übereinstimmen würde. Weit wichtiger ist, dass rechtspopulistische Parteien in ganz Europa zuallererst bestrebt sind, eine fundamentale Konfliktlinie zwischen «dem Volk» und der «Classe politique» zu konstruieren.

Jede Kampagne dient letztlich dem Zweck, diese Konfliktlinie glaubwürdig zu machen, die Populisten selbst als «authentische» Vertreter der «schweigenden Mehrheit» erscheinen zu lassen. Die SVP, mit 29 Prozent derzeit die stimmenstärkste rechtspopulistische Partei Westeuropas, agiert dabei grundsätzlich nicht anders als der Front national, die Lega Nord oder das Bündnis Zukunft Österreich. Sie setzt auf Themen, die sie von den «Linken und Netten» deutlich unterscheidet, und popularisiert diese mit einem konfrontativen und bewusst vereinfachenden Stil, der sie nicht in den Verdacht geraten lässt, selbst Teil des «Establishments» zu sein.

Wenn es Populisten zudem gelingt, die etablierten Parteien und Medien zu harschen Abgrenzungsreaktionen zu provozieren, verfestigt sich bei der eigenen Anhängerschaft der Eindruck, dass im politischen und gesellschaftlichen Raum nur noch zwei Gruppen existieren: «Wir» und die «Anderen». Die FPÖ brachte diese Logik in den 90er-Jahren mit einem bemerkenswerten Wahlplakat auf den Punkt. Neben dem Konterfei des damaligen Parteivorsitzenden Jörg Haider stand zu lesen: «Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist.»

Auch die SVP beherrscht dieses Abgrenzungsspiel nahezu perfekt, und sie wird es in Zukunft noch leichter haben, es auch erfolgreich einzusetzen. Dabei ist nicht von Belang, ob professionelle Beobachter das Handeln der Partei als widerspruchsfrei einstufen, entscheidend ist lediglich der Eindruck der SVP-Sympathisanten. Für diese geht es nicht in erster Linie um Ausländer, das Verhältnis zur EU oder die Entwicklung der Sozialversicherungen. Aus ihrer Sicht sind politische Detailprobleme nur Symptome dafür,

dass etwas Grundlegendes falsch läuft in der Schweiz, dass der Bundesrat am Volk vorbeiregiert. Zwar ist es die SVP, die sich seit Jahren aktiv und permanent in einen Gegensatz zu den anderen Bundesratsparteien und den Medien setzt. Sie ist dabei jedoch in der Lage, dies der eigenen Anhängerschaft als Ergebnis des Handelns der «Anderen» zu verkaufen. Sie selbst wolle eigentlich gar nicht Oppositionspolitik betreiben, die «Anderen» aber würden sie mit ihrer «falschen Politik» geradezu dazu zwingen. Die Abwahl von Christoph Blocher ist in dieser Argumentationskette nur der jüngste Beweis für die «Hinterhältigkeit» des Establishments.

SVP-Bundesräte gelten als Verräter

In der Weltsicht der überzeugten Anhänger populistischer Parteien - überall in Europa haben dabei Männer, Inhaber niedriger Bildungsabschlüsse und Bezieher niedriger Einkommen ein deutliches Übergewicht - dominiert ein ausgeprägtes Schwarzweissdenken. Die Ablehnung der «Anderen» trifft jedoch nicht nur die konkurrierenden Parteien, die etablierten Medien oder gesellschaftliche Minderheiten. Sie richtet sich auch gegen Abweichler in den eigenen Reihen. Der nach Blochers Abwahl vielfach geäußerte Hinweis, die SVP sei ja weiterhin im Bundesrat vertreten, mag demokratietheoretisch seine Richtigkeit haben. Dass Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf ihre Wahl gegen den Willen der Parteiführung angenommen haben, macht sie in den Augen vieler SVP-Anhänger jedoch zu «Verrätern», nicht zuletzt auch deshalb, weil sie in zentralen inhaltlichen Punkten von der Linie der SVP Schweiz abweichen.

Als wenig realistisch konnte von Beginn an das Szenario einer Abspaltung von «gemässigten» SVP-Vertretern gelten, sei es in einer eigenen Fraktion oder gar einer neuen Partei. Ihnen würde mutmasslich das gleiche Schicksal drohen wie Abweichlern in der FPÖ oder dem Front national. Zwar gelten sie eine Zeit lang als Lieblinge der Medien, Wahlerfolge erreichen sie jedoch nur selten. So erging es nicht nur Bruno Mégret, dem einstigen Kronprinzen von Jean-Marie Le Pen, dessen Mouvement national républicain nie über drei Prozent der Wählerstimmen hinauskam. Ähnliches war auch wiederholt in der FPÖ zu beobachten. 1993 spalteten sich sechs Fraktionsmitglieder als Liberales Forum ab. Während die neue Partei schon wenige Jahre später in der Versenkung verschwand, konnte die FPÖ ihren Stimmenanteil kontinuierlich weiter ausbauen. Einen ähnlichen Verlauf scheint auch die im Jahr 2005 vorgenommene Abspaltung des von Jörg Haider geführten BZÖ zu nehmen. Die BZÖ-Minister verblieben zwar in der Bundesregierung, die neue Partei erreichte bei der folgenden Nationalratswahl jedoch nur noch 4,1 Prozent. Demgegenüber konnte die in die Opposition gedrängte und sich dort wieder radikalisierende FPÖ in der Folge deutlich an Stimmen zulegen.

Mit Polemiken immer gut gefahren

Für die Aussendarstellung einer populistischen Partei ist es demnach offensichtlich von Vorteil, wenn sie sich ein klares Profil erarbeitet. Eine Abspaltung würde der SVP allenfalls kurzfristig schaden. Da aber die Basis in den Kantonalparteien von Bern und Graubünden der Zürcher Linie nicht so fern steht wie es die Äusserungen hochrangiger Funktionäre vermuten lassen, wird sich die neue Führungsriege um Toni Brunner und Christoph Blocher wohl kaum zu übertriebener Rücksichtnahme veranlasst sehen. Der überwiegende Teil der 29 Stimmenprozente vom Oktober 2007 dürfte ihrem Kurs zu verdanken sein, nicht den von Schmid und Widmer-Schlumpf vertretenen Positionen. Mit fortwährenden Polemiken gegen die Bundesräte Ogi und Schmid ist der Zürcher Flügel auch schon früher gut gefahren.

Populistische Politik, auch das zeigt der Blick ins europäische Ausland, kann in der Opposition weitaus besser betrieben werden als aus der Regierung heraus. FPÖ und BZÖ sind als Regierungsparteien ebenso gescheitert wie die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden. Der durch einen «cordon sanitaire» von allen Exekutivämtern fern gehaltene Vlaams Belang kann von Wahl zu Wahl weiter zulegen. Die Dänische Volkspartei vermag ihr Profil dadurch zu bewahren, dass sie nicht in eine Koalition eintritt, sondern eine rechtsliberale Minderheitsregierung fallweise unterstützt. Gerade als kleinerer Koalitionspartner sind Rechtspopulisten in der Gefahr, Kompromisse eingehen zu müssen, die für die eigene Wählerschaft nicht akzeptabel sind. Wer sich jahrelang als unermüdlicher und kompromissloser Kämpfer für das Volk präsentiert hat, kann nach einem Regierungseintritt schnell in den Verdacht geraten, nun auch zu «denen da oben» zu gehören. Das jahrelang geschürte Misstrauen gegen das «Establishment» richtet sich dann gegen die regierenden Rechtspopulisten selbst. Sie werden von ihren

einstigen Sympathisanten sofort abgestraft. Christoph Blochers Regierungseintritt hingegen hat der SVP zu keinem Zeitpunkt geschadet. Die politische Kultur und institutionelle Verfasstheit der Schweiz erlaubte es der Partei, nach wie vor als Oppositionskraft aufzutreten, also eine «kompromisslose Linie» beizubehalten. Blocher selbst erweckte als Regierungsmitglied beständig den Eindruck, er werde lediglich durch ein überholtes bundesrätliches Amtsverständnis daran gehindert, das zu sagen, was er wirklich denke. Seine wiederkehrenden Regelverletzungen waren deshalb sorgsam kalkuliert.

Blocher selbst wird zukünftig wieder weitaus freier agieren können, zusätzlich ausgestattet mit einem Märtyrer-Bonus. Am Auftreten der Parteiorganisation aber wird sich nichts Grundsätzliches ändern. Ein verschärfter Oppositionskurs kann nur bedeuten, den Dauerwahlkampf weiter zu intensivieren, noch häufiger das Referendum zu ergreifen, noch mehr Volksinitiativen zu lancieren. Die direktdemokratischen Instrumente bieten der SVP eine Handlungsoption, die Populisten im übrigen Europa schmerzlich vermissen. So lassen sich immer wieder Konstellationen herbeiführen, in denen die SVP der gesamten «classe politique» gegenübersteht. Vordergründig wird es zwar immer um Sachthemen gehen, entscheidend aber wird der Subtext sein. Wenn jede Abstimmungskampagne scheinbar aufs Neue dazu dient, das «Establishment» daran zu hindern, die Interessen der Schweiz ans Ausland zu «verkaufen» oder die eigenen Bürger im Stich zu lassen, dann wird der an die SVP gerichtete Vorwurf, eine reine Blockadepartei zu sein, bei deren Anhängerschaft nicht verfangen können.

Auch ist es für eine populistische Rechtspartei nicht in erster Linie von Belang, den überwiegenden Teil der von ihr geführten Abstimmungskämpfe tatsächlich zu gewinnen. Sachpolitische Verbesserungen stehen für sie nicht im Vordergrund. Die langfristige Strategie der SVP richtet sich hingegen primär darauf, ihre Glaubwürdigkeit weiter auszubauen. Wenn sie ihren Sympathisanten vermitteln kann, dass eine Abstimmung nur deshalb verloren wurde, weil der Bundesrat abermals mit Hilfe der Medien das Volk «manipuliert» habe, dann kann ihr auch eine Abstimmungsniederlage von Nutzen sein.

Sicherlich benötigt sie hin und wieder auch Siege, um ihren Anhängern das Gefühl vermitteln zu können, der Kampf gegen das Establishment könne eines Tages tatsächlich gewonnen werden. Die Themenwahl der SVP aber ist so angelegt, dass ihre Forderungen sachpolitisch niemals vollständig erfüllt werden können. Selbst eine Serie von Abstimmungserfolgen, selbst eine «konsequent bürgerliche Politik» seitens des Bundesrats würde die von der SVP seit 15 Jahren erhobenen Kernforderungen nicht obsolet machen. Fälle von «Asylmissbrauch» und «Ausländerkriminalität» werden sich auch in Zukunft als Ausdruck systematischer Missstände darstellen lassen. Die Forderung nach niedrigeren Steuern und Abgaben lässt sich immer erheben. Auch den Beitritt zur EU kann die SVP noch über Jahre erbittert bekämpfen.

Entgegen der ursprünglichen Euphorie sind die mittel- bis langfristigen Erfolgsaussichten der SVP auch nach der Abwahl von Christoph Blocher intakt, möglicherweise gar besser als jemals zuvor. Die SVP verfügt - und das ist im europäischen Vergleich einzigartig - innerhalb des Landes nicht nur über die aktivste Basis, sondern auch über die weitaus umfangreichsten finanziellen Mittel. Sie wird auch zukünftig die attraktivste, weil medientauglichste Partei der Schweiz bleiben. Während sich populistische Parteien in anderen Teilen Europas durch den Eintritt in Koalitionsregierungen selbst delegitimiert haben, ist dies unter den Bedingungen der Schweizer Konkordanz- und Referendumsdemokratie nicht zu erwarten. Wenn die übrigen Parteien und die etablierten Medien verhindern wollen, dass die SVP ihre Wähleranteile sukzessive weiter ausbaut, wird es nicht genügen, Positionen der SVP zu übernehmen oder ihren Stil zu kritisieren. Beides hat in der Vergangenheit eher zu einer Stärkung des europäischen Rechtspopulismus beigetragen. Vielmehr wird es notwendig sein, politisch exakt an dem Punkt anzusetzen, der die Stärke der Populisten ausmacht - die Behauptung, den eigentlichen Volkswillen intuitiv zu erfassen und unverfälscht in die politische Arena zu tragen. Diesen Selbstanspruch der SVP wirksam in Frage zu stellen, wird jedoch weitaus schwerer sein, als in der Bundesversammlung eine Mehrheit gegen Christoph Blocher zu organisieren.

Oliver Geden

Oliver Geden ist Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), eines in Berlin ansässigen Thinktank, der Bundestag und Bundesregierung in aussen- und sicherheitspolitischen Fragen berät. Zuletzt erschien von ihm die Studie «Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung» (VS-Verlag, Wiesbaden).

